

Stenographisches Protokoll

64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 9. November 1984

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 5498)

Entschuldigungen (S. 5498)

Geschäftsbehandlung

Hinweise des Präsidenten auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung betreffend Stellung von Zusatzfragen (S. 5506 und S. 5510)

Fragestunde (48.)

Finanzen (S. 5498)

Ing. Helbich (381/M); Mag. Kabas, Dr. Feurstein

Neuwirth (384/M); Bayr, Eigruber

Kuba (385/M); Kraft, Haigermoser, Neuwirth

Grabher-Meyer (390/M); Dr. Keimel, Eigruber

Steinbauer (359/M); Mag. Kabas, Dr. Nowotny, Dr. Graff

Dr. Graff (360/M); Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Nowotny, Dkfm. DDr. König

Dkfm. DDr. König (392/M); Probst, Bergmann

Bergmann (393/M)

Dr. Nowotny (386/M); Dr. Blenk, Eigruber

Ausschüsse

Zuweisung (S. 5512)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (885/AB zu 907/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Flicker und Genossen (886/AB zu 916/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen (887/AB zu 932/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Burgstaller und Genossen (888/AB zu 910/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen (889/AB zu 927/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident Benya.

Ich frage Sie: Was gedenken Sie zu tun, um dieser Entwicklung entgegenzutreten?

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 62. Sitzung vom 7. November 1984 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Helga Wieser und Dr. Veselsky.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Koppensteiner, Weinberger und Dr. Jankowitsch.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Als Vorhaben in diesem Zusammenhang ist auf die unter Mithilfe des Bundes eingeleitete Gründung einer auch ausländischen Mustern folgenden Wagniskapitalkonstruktion, venture capital Fonds, zu verweisen. Gespräche mit Ausländern, die sich am Management beteiligen werden, sind im Endstadium. Ich rechne damit, daß diese Konstruktion bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird und daß man dann im nächsten Jahr zur praktischen Arbeit übergehen kann.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Helbich: Herr Minister! Wir reden alle von Innovation, wir reden alle von Umstrukturierung. Um all diese Maßnahmen setzen zu können, brauchen wir den unternehmerischen Menschen, ganz gleich, ob er Arbeitnehmer oder Arbeitgeber ist.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Ing. Helbich (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

381/M

Werden Sie die steuerliche Behandlung der Genußscheine verschlechtern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte außer Zweifel stellen, daß sich die Aufbringung von Risikokapital für ein wichtiges Anliegen halte. An dieser Zielrichtung wird sich nichts ändern. Im Gegenteil, die Situation erfordert es geradezu, daß auch in Zukunft Überlegungen angestellt werden, die es sich zur Aufgabe machen, einen noch effizienteren Weg zur Erreichung dieses Zieles zu finden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Helbich: Herr Minister! Wir wissen doch alle, daß das Eigenkapital in den letzten Jahren in Österreich stark zurückgegangen ist, und zwar um rund 20 Prozent, während es in Amerika um 13 Prozent und in Deutschland um 10 Prozent gestiegen ist.

Welche Maßnahmen wollen Sie setzen? Wie stehen Sie zum Beispiel zum nicht entnommenen Gewinn?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Ich möchte zu den Arbeiten, die ich mir im Zusammenhang mit der Inventur der Vorschläge der Steuerreformkommission vorgenommen habe, auch den Komplex unternehmerisches Eigenkapital in den verschiedensten Formen zu einem wichtigen Inhalt dieses Vorhabens machen. Ich werde dann darauf zurückkommen und berichten und darlegen, welche Möglichkeiten ich in diesem Zusammenhang sehe.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben betont, daß Sie die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Betriebe auch für sehr, sehr wichtig halten.

Ich möchte Sie in dem Zusammenhang fragen: In welcher Höhe wurde seitens des Bundesministeriums für Finanzen die Zuführung von vermehrtem Eigenkapital für Betriebe

Mag. Kabas

durch Risikokapital in Form der Genußscheine in den letzten Jahren gefördert?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Seit es die Beteiligungsfondsstruktur gibt und die damit im Zusammenhang stehende Möglichkeit des Anbietens von Genußscheinen, sind insgesamt 4,3 Milliarden Schilling flüssiggemacht worden. Wenn ich die derzeit noch auf dem Markt befindlichen Vorhaben zum Jahresende hochrechne, so wird eine Zahl von 4,7 bis 4,8 Milliarden Schilling realistisch sein. Allein im Jahr 1984 sind 2 Milliarden Schilling an Genußscheinen begeben worden.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie wissen, daß in einzelnen Betrieben, um dieses Risikokapital zu bilden, auch Arbeitnehmer immer wieder versuchen, sich zu beteiligen. Man hat diese Möglichkeit der Beteiligung der Arbeitnehmer, der Mitarbeiter im eigenen Betrieb immer wieder diskriminiert, und zwar vor allem durch die Steuergesetzgebung. Man hoffte, daß die Form der Genußscheine eine Möglichkeit bieten wird, auch Mitarbeitern diese Vermögensbildung zu gewährleisten.

Ich frage Sie, Herr Minister: Sehen Sie Chancen beziehungsweise Möglichkeiten, die Genußscheine auch für diese Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand einzusetzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wird ja seit vielen Jahren, um nicht zu sagen, seit zwei Jahrzehnten, diskutiert. Viele Vorschläge sind gemacht worden. Der Verwirklichungsgrad ist relativ gering; ich gebe Ihnen damit recht. Ich glaube aber, daß das nicht nur am steuerlichen Bereich liegt, sondern auch an anderen Bereichen.

Um im übrigen auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich bin bei Neuaufnahme der Diskussion zu diesem Thema auch für allfällige Konzepte aufgeschlossen, im Wege der Genußscheine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand einzubeziehen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2:

Abgeordneter Neuwirth (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

384/M

Werden Sie die Abschaffung der Lohnsummensteuer unterstützen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Beseitigung der Lohnsummensteuer wäre dann vorstellbar, wenn eine Lösung gefunden werden könnte, nach der den Gemeinden ein Ersatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Neuwirth:** Herr Minister! Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis, das Sie gegenüber den Gemeinden, aber nicht nur gegenüber den Gemeinden und den Gemeindevertretern, sondern auch gegenüber der gesamten Bevölkerung, die in den Gemeinden wohnhaft ist, bei den Finanzausgleichsverhandlungen bewiesen haben. Ich freue mich, daß Sie die Dringlichkeit der finanziellen Unterstützung der Gemeinden erkannt und der Bedeutung entsprochen haben. Ich meine auch, daß es richtig war, weil die Gemeinden auch zu den größten Investoren zählen.

Einen Ersatz für die Lohnsummensteuer zu finden, ist sicherlich schwierig, denn die Gemeinden können auf die Lohnsummensteuer nicht verzichten. Ich frage Sie daher: Wie hoch wäre der zu erwartende Ausfall für den Bund?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Im Jahre 1982 betrug das Aufkommen bei der Lohnsummensteuer rund 5,7 Milliarden Schilling. Selbst wenn sich bei Wegfall der Lohnsummensteuer die Erträge aus den Betriebssteuern erhöhen würden, würde der Nettoausfall bei den Gemeinden immerhin noch sehr erheblich sein, schätzungsweise 3,5 Milliarden Schilling jährlich.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Neuwirth:** Herr Minister! Bei dieser Frage fällt mir ein, daß sich zurzeit ein Trend zur Entindustrialisierung breitmacht. Viele Gemeinden wollen gute Einnahmen, aber keine Umweltprobleme, das heißt, auch keine Industrie. Arbeitsplätze brauchen wir aber alle, und ich meine, dieser Trend müßte gestoppt werden.

5500

Nationalrat XVI. GP — 64. Sitzung — 9. November 1984

Neuwirth

Wenn aber zum Beispiel die Lohnsummensteuer durch das stufenweise Anheben der Freigrenze abgeschafft würde, hätte die industriefreundliche Gemeinde auch keine Veranlassung mehr, Betriebe anzusiedeln oder zu unterstützen, zu unterstützen auch bei den infrastrukturellen Aufgaben. Ich frage Sie daher: Kann der Bund den Einnahmefall von rund 3,5 Milliarden Schilling jährlich ähnlich wie bei der Gewerbesteuer vom Kapital den Gemeinden ersetzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Aus budgetären Überlegungen und auch im Hinblick darauf, daß bereits der Ersatz aus der Gewerbesteuer vom Kapital im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich ab 1985 vom Bund übernommen wird, sehe ich keine Möglichkeit, auch den Ausfall der Lohnsummensteuer den Gemeinden vom Bund her zu ersetzen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Bayr.

Abgeordneter Bayr (ÖVP): Herr Minister! In der Regierungserklärung heißt es, daß Sie daran denken, die Lohnsummensteuer abzuschaffen. Wir haben nun eine Diskrepanz: Auf der einen Seite ist das Versprechen da, auf der anderen Seite steht aber die Forderung der Gemeinden nach Ersatz. Sie haben nun erklärt, Sie sehen keine Möglichkeit, diesen Ersatz den Gemeinden zu geben für den Fall, daß die Lohnsummensteuer abgeschafft werden sollte.

Meine Frage ist: Wird nun die Lohnsummensteuer in einem absehbaren Zeitraum im Interesse der Wirtschaft abgeschafft und ein Ersatz den Gemeinden gegeben, oder schließen Sie das aus?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf Grund der budgetären Situation und der Zustände, die ich gerade Ihrem verehrten Herrn Vorredner geschildert habe, muß ich entgegen meiner Überzeugung etwas sagen: Ich muß die Abschaffung der Lohnsummensteuer in absehbarer Zeit und den Ersatz aus einer anderen Konstruktion ausschließen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Sehr geehr-

ter Herr Bundesminister! Welche Beträge an Lohnsummensteuer werden sich die Kleinbetriebe ab 1985 durch die 50prozentige Erhöhung des Freibetrages und der Freigrenzen ersparen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe eine Rechnung angestellt und die Kleinbetriebe in der Größenordnung einer Lohnsumme von etwa 22 500 S zur Grundlage genommen. Da würde die Ersparnis 150 Millionen Schilling betragen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Kuba (SPÖ) an den Herrn Minister.

385/M

Denken Sie den abgestuften Bevölkerungsschlüssel gerechter zu gestalten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf Grund der Verhandlungen zum Finanzausgleichsgesetz 1985 mit den Landesfinanzreferenten und den Gemeindebünden konnte ein Schritt in Richtung einer gerechteren Verteilung der Ertragsanteile bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben bei den kleinsten Gemeinden durch Wegfall des untersten Vervielfachers mit Null bis 1 000 Einwohner erreicht werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Kuba: Herr Bundesminister! Welche finanziellen Vorteile bringt das diesen Gemeinden im Finanzausgleichsgesetz 1985?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Effekt dieser Regelung ist folgender: Durch den Wegfall des untersten abgestuften Bevölkerungsschlüssels sind die Gemeinden bis zu 1 000 Einwohnern den Gemeinden mit Bevölkerungszahlen von 1 000 bis 10 000 bezüglich der Verteilung der Ertragsanteile gleichgestellt.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Kuba: Herr Bundesminister! Welche finanziellen Auswirkungen hat das für die kleinen Gemeinden, und aus welchem Titel wird dieser Mehraufwand getragen?

Präsident

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Herr Abgeordneter! Die Auswirkungen auf die kleinen Gemeinden, also Gemeinden bis 1 000 Einwohner, lassen sich grob mit insgesamt 35 Milliarden Schilling errechnen. Wer den Mehraufwand trägt, das ist verschieden. Aber man kann im großen und ganzen sagen, daß es zu Lasten der anderen Gemeinden geht beziehungsweise durch Umschichtungen im gesamten Finanzausgleichsgefüge erfolgt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Bundesminister! Der Gemeindebund hat bei den letzten Verhandlungen gefordert, daß nicht nur Grundsteuer und Gewerbesteuer für die Ermittlung der Finanzkraft herangezogen werden sollen, sondern auch die Lohnsummensteuer und die Getränkesteuer. Das würde sich insbesondere für die kleinen Gemeinden vorteilhaft auswirken, weil sich die Ertragsanteile ja auch an der Finanzkraft orientieren.

Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist an sich eine Ungerechtigkeit, und zwar eine gewaltige Ungerechtigkeit meines Erachtens, weil er die Bürger unseres Landes in wertvollere, im wahrsten Sinne des Wortes, und in weniger wertvolle einteilt, obwohl die Aufgaben letztlich in den Gemeinden ja gleich teuer sind. Der Kilometer Kanal oder Wasserleitung kostet in der ländlichen Gemeinde genausoviel wie im städtischen Bereich. So könnte man viele Infrastrukturaufgaben aufzählen, die ja heute auch in den kleinen Gemeinden bewältigt werden müssen.

Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel benachteiligt also eklatant diese kleinen Gemeinden, welche die gleichen Aufgaben haben wie die großen Gemeinden.

Können Sie sich, Herr Bundesminister, wenn nicht gleich, aber auf Sicht gesehen doch dafür einsetzen, daß diese eklatante Ungerechtigkeit des abgestuften Bevölkerungsschlüssels beseitigt wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn auch die Frage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels so alt ist wie unser Finanzausgleich selber, so hat sich der Verfassungsgerichtshof doch dahin

gehend geäußert, daß er ihn nicht als verfassungswidrig ansieht.

Durch die Beseitigung des untersten Vielfachers beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel ist sicherlich ein erster Schritt zur Stärkung der Finanzkraft der Kleinstgemeinden erfolgt. Durch die ergänzenden Maßnahmen des Bundes in Form der Bereitstellung weiterer Mittel für finanzschwache Gemeinden und damit auch für die Kleinstgemeinden erfolgt sicherlich ein zusätzlicher Schritt zu einer gerechteren Verteilung der Finanzausgleichsmittel.

Mit den Bedarfszuweisungen der Länder liegt ein weiteres Instrument vor, auf die finanzielle Situation der einzelnen Gemeinde Rücksicht zu nehmen und der jeweiligen Lage individuell gerecht zu werden.

Herr Abgeordneter! Sie schütteln den Kopf. (*Abg. Deutschmann: Weil ich 27 Jahre Bürgermeister bin, weil ich mich auskenne!*) Ja, aber ich darf Sie darauf verweisen, daß die Landeshauptleute aller österreichischen Bundesländer mit Ausnahme von Wien immer wieder großen Wert auf die Feststellung legen, daß die Bedarfszuweisungen stets zugunsten der Gemeinden, insbesondere der kleinen und kleinsten Gemeinden, erfolgen.

Die bisher mit den Ländern und Gemeinden geführten Gespräche im Zusammenhang mit der Frage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels haben ja auch sehr divergierende Standpunkte zwischen dem Städtebund und dem Gemeindebund zutage treten lassen, sodaß ich, sehr geehrter Herr Abgeordneter, glaube, daß zunächst einmal mit diesen Schritten, die ich erwähnt habe, wenn sie auch klein sein mögen, ein Optimum aus dem herausgeholt wurde, was derzeit vertreten wird. Aber Sie wissen ja wahrscheinlich, daß diese Frage ins sogenannte Paktum hineingenommen wurde und daher ein weiterer Verhandlungsgegenstand zwischen den Gebietskörperschaften bleiben wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Bundesminister! Der neue Finanzausgleich kann sicherlich als große Hilfestellung für die Gemeinden bezeichnet werden. Das ist unbestritten und wird von den Bürgern in den Gemeinden auch anerkannt.

Selbstverständlich ist es so, daß der Säckel des Bürgermeisters sehr oft ein Loch hat und

Haigermoser

daß nie genug Geld da sein kann in den Gemeinden, wie das eben überall in der Republik der Fall ist. Aber trotzdem muß man natürlich auch in den Gemeinden auf äußerste Sparsamkeit bedacht sein.

Nun darf ich Sie aber trotzdem fragen, ob Sie für 1985 im neuen Finanzausgleichsgesetz für die kleinen, meist auch finanzschwachen Gemeinden weitere finanzielle Verbesserungen vorsehen. Sie haben ja schon erklärt, daß Sie noch einiges tun werden. Ist dezidiert etwas vorgesehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Herr Abgeordneter! Es ist ja der Inhalt dieses Finanzausgleichsgesetzes, rund 2 Milliarden Schilling ab 1. Jänner 1985 in der Aufteilung gerade den Gemeinden zugute kommen zu lassen. Die Absicht und die Idee des neuen Finanzausgleichsgesetzes bestehen ja unter anderem darin, den Rückstand, den die Gemeinden gegenüber den Ländern im geltenden Finanzausgleich haben, aufholen zu lassen. Dieses Aufholen würde den Bundeshaushalt mit rund 2 Milliarden Schilling zusätzlich belasten. Hier werden insbesondere auch für die kleinen Gemeinden und Kleinstgemeinden etwas höhere Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen.

Noch einmal: Da sich ja auch die Länder in den Verhandlungen ausdrücklich bereit erklärt haben, bei den Bedarfszuweisungen die Interessen der kleinen und kleinsten Gemeinden zu verfolgen, nehme ich an, daß sich auch aus diesem Titel eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage ergeben wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neuwirth.

Abgeordneter **Neuwirth (SPÖ):** Herr Minister! Ich möchte nochmals sagen, ich freue mich — und die Bevölkerung in den Gemeinden wird es Ihnen sicherlich danken —, daß Sie sich so für die Senkung der systemwidrigen Landesumlage, aber auch für die Änderung des Bevölkerungsschlüssels eingesetzt haben.

Sie haben jetzt auch die Bedarfszuweisungsmittel erwähnt. Hier beginnt für einen Bürgermeister oft ein sehr leidvoller Weg, wenn eine Straße, eine Schule oder ein Kindergarten gebaut werden soll oder wenn er sonst etwas für die Daseinsvorsorge tun will, und er wird sehr oft fast zum Bettler gestempelt. Der Bürgermeister wäre aber in erster

Linie für die Gestaltung der Gemeinde und nicht zum Geldauftreiben da.

Ich frage Sie daher: Sind Sie der Meinung, daß diese im Finanzausgleich 1985 in Aussicht genommenen Maßnahmen den abgestuften Bevölkerungsschlüssel weiter etwas gerechter werden lassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dazu gibt es zwei Antworten. Es haben sich die Vertreter der Länder, also die Landesfinanzreferenten, die in mehreren Bundesländern durch den Landeshauptmann repräsentiert werden, mehrmals sehr deutlich bei den Bedarfszuweisungen an die Gemeinden dafür ausgesprochen, sich großzügig zu erweisen. Aber eine vertragliche Verpflichtung dazu war nicht zu erreichen.

Da jedoch die Herren Finanzreferenten der Bundesländer so eindringlich darüber gesprochen haben, daß sie sich dafür einsetzen werden, habe ich das auch nicht für erforderlich gehalten, weil ich ihnen ja glauben muß.

Zum zweiten darf ich wiederholen, daß die Frage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels in das sogenannte Paktum aufgenommen und zwischen den Vertragspartnern im Finanzausgleich weiter verhandelt wird.

Vielleicht sollte ich der Vollständigkeit halber noch hinzufügen, daß diesen Veränderungen in den Gemeinden Rechnung zu tragen einer der Beweggründe war, den neuen Finanzausgleich nicht mehr auf sechs Jahre, sondern auf vier Jahre abzuschließen, sodaß in kürzeren Zeitabständen Anpassungen vorgenommen werden können.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ) an den Herrn Minister.

390/M

Da von ÖVP-Seite immer wieder behauptet wird, das Maßnahmenpaket schädige Länder und Gemeinden, frage ich Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, um welchen Prozentsatz die Einnahmen der Länder und Gemeinden im Wege des Finanzausgleichs 1983 und 1984 gestiegen sind.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Einnahmen der Länder und der Gemeinden aus dem Finanzausgleich bilden im wesentlichen die Ertrags-

Bundesminister Dr. Vranitzky

anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auch vom Maßnahmenpaket beroffen sind. Es erhöhten sich im Jahr 1983 die Ertragsanteile der Länder um rund 5,53 Prozent und die der Gemeinden um rund 5,19 Prozent. Nach Wirksamwerden des Maßnahmenpakets im Jahr 1984 erhöhten sich die Vorschüsse auf die Ertragsanteile in den ersten elf Monaten — nur bis dahin kann ich berichten — gegenüber demselben Zeitraum im Vorjahr bei den Ländern um rund 10,19 Prozent und bei den Gemeinden um rund 9,13 Prozent.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Grabher-Meyer:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Stehen Ihnen diesbezüglich genauere Daten für das Bundesland Vorarlberg zur Verfügung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Da die Anfrage von Ihnen kam, habe ich die Zahlen für Vorarlberg vorbereitet. Ich bitte aber, daraus nicht abzuleiten, daß ich auch für alle anderen Bundesländer alle Zahlen parat habe.

Aus den Zwischenabrechnungen beziehungsweise Endabrechnungen für 1982 und 1983 geht hervor, daß sich die Ertragsanteile des Landes Vorarlberg im Jahre 1983 um rund 62 Millionen Schilling oder 3,43 Prozent und jene der Gemeinden um rund 73 Millionen Schilling oder 5,59 Prozent erhöhten. Die Erhöhung der Ertragsanteilvorschüsse in den Monaten Jänner bis November 1984, die das Maßnahmenpaket größtenteils enthalten, betrug beim Land Vorarlberg rund 167 Millionen Schilling oder 9,75 Prozent und bei den Gemeinden des Landes Vorarlberg rund 86 Millionen Schilling oder 6,91 Prozent.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Grabher-Meyer:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Aus diesen Zahlen, die Sie jetzt genannt haben, ergibt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen der Ergiebigkeit für die Länder und der Ergiebigkeit für die Gemeinden. Planen Sie Maßnahmen auf Bundesebene, um diese Diskrepanz zwischen Gemeinden und Ländern abzubauen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Diesen Abbau der Diskrepanz, den Sie ansprechen, herzustellen, war Inhalt der

Vorberatungen und letztendlich der Vereinbarungen im Finanzausgleichsgesetz 1985. Ich wiederhole: Ich meine, daß aus diesem Gesetz eine wesentliche Besserstellung der Gemeinden erfließen wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Keimel.

Abgeordneter Dr. **Keimel (ÖVP):** Herr Finanzminister! Ich muß vielleicht dem Herrn Generalsekretär Grabher-Meyer etwas weiterhelfen, was das Land Tirol betrifft. Auch für die Tiroler erwächst aus dem Belastungspaket ein Mehr von 140 Millionen Schilling. Aber die Bevölkerung interessiert etwas ganz anderes. Die Tiroler Bevölkerung zum Beispiel, die 580 000 Tiroler, wird aus dem Maßnahmenpaket mit 1,770 Milliarden Schilling pro Jahr mehr belastet. Das bedeutet für die Steuerbürger einen tiefen Griff in ihre Taschen. Herr Finanzminister! Der sozialistische Finanzstadtrat von Wien hat eine interessante Broschüre — wirklich interessant — über den Finanzausgleich, ich glaube, erstmalig herausgegeben, und zwar mit dem Titel: Der geschöpfte Städter — die Finanzausgleichsstory. Ich nehme an, daß Sie diese Broschüre kennen. Er errechnet hier sehr genau und mit einer scharfen Kritik, daß sich der Bund seit 1979 — letzter Finanzausgleich — durch neue reine Bundesabgaben 4,6 Milliarden Schilling und aus dem Belastungspaket 12 Milliarden Schilling, also fast 17 Milliarden Schilling (*Rufe bei der SPÖ: Frage!*) — das ist Ihnen unangenehm, ich weiß das — geholt hat, während die Gemeinden und Länder nur 2 Milliarden Schilling erhalten haben. Es sagt der sozialistische Finanzstadtrat von Wien, daß die Mehreinnahmen der Gemeinden und Länder 6,6 Milliarden Schilling betragen, die der Bund vorenthält. (*Weitere Rufe bei der SPÖ: Frage!*) Und jetzt geben Sie durch den Finanzausgleich 2 Milliarden Schilling zurück, bleibt also eine Differenz von 4,6 Milliarden Schilling.

Ich frage Sie, Herr Minister: Sind Sie mit dem sozialistischen Finanzstadtrat von Wien einer Meinung, daß — immer noch gegenüber dem Finanzausgleich 1979 — Ländern und Gemeinden vom Bund 4,6 Milliarden Schilling — laut Mayr — vorenthalten werden, und werden Sie das den Ländern und Gemeinden im Zuge weiterer Finanzausgleichsverhandlungen zurückerstatten?

Präsident: Es sind dies zwei Fragen, aber der Herr Minister wird nur eine beantworten. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Vizebürgermeister und Finanzstadtrat von Wien ist Verhandlungspartner beim Finanzausgleich, aber natürlich, was die Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben betrifft, Kontrahent des Finanzministers. Ich werde daher, sollte er solche Forderungen an mich direkt heranbringen, diese, wie alle anderen Forderungen, die an mich herangebracht werden, prüfen und dann dazu Stellung nehmen. Ich bin ja nicht verpflichtet, jede Broschüre, die erscheint, zu lesen und gleich darauf zu reagieren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Der Opposition ist auch die Gemeinde Wien recht, wenn sie irgend etwas Negatives aufzeigen will, sonst ist für sie die Gemeinde Wien nicht immer maßgebend. Es wäre erfreulich, wenn sie auch das Positive aus der Gemeinde Wien berichten würde. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich frage Sie: Welche echten Resultate konnten Sie bei den von Ihrem Ressort geführten Finanzausgleichsverhandlungen erzielen?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Finanzausgleich 1985 bringt vor allem — ich wiederhole das — den Gemeinden Vorteile, die im wesentlichen eine Senkung der Landesumlage um 2,2 Prozentpunkte und die Gewährung einer Finanzzuweisung im Ausmaß von 1,4 Prozent der Ertragsanteile der Gemeinden umfassen. Insgesamt sind es im Jahre 1985, wenn man das alles addiert, 1,3 Milliarden Schilling.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Abgeordneter Steinbauer (ÖVP) an den Herrn Minister.

359/M

Werden Sie auf die arabische Finanzierung des Konferenzpalastes verzichten?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In den jüngsten Verhandlungen mit den arabischen Vertragspartnern — diese Verhandlungen wurden in der Zeit vom 29. bis 31. Oktober dieses Jahres

geführt — wurde die uneingeschränkte österreichische Entscheidungsbefugnis bei der Konferenzpolitik, bei den Vorbereitungen, beim Management und bei der Durchführung der Konferenzen und sonstigen Veranstaltungen sichergestellt. Unter diesem Gesichtspunkt war mit Rücksicht auf den bereits abgeschlossenen Syndikatsvertrag vom 7. Juni 1984 keine weitere Vertragsänderung zu verfolgen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Steinbauer: Herr Bundesminister! Sie als Finanzfachmann wissen ja, daß sich die arabische Finanzierung verglichen mit der österreichischen schlechter rechnet, daß wir mit einer österreichischen Finanzierung besser dran wären.

Sind Sie nicht bereit, angesichts der Möglichkeiten auf dem österreichischen Markt auf eine österreichische Finanzierung umzusteigen?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Konferenzzentrum wird ja zu 50 Prozent österreichisch finanziert.

Was den zweiten Teil betrifft, so wurde mit den arabischen Partnern ein Vertrag abgeschlossen und ordnungsgemäß von einem österreichischen Regierungsmitglied unterzeichnet. Es ist daher für ein Land wie Österreich, das neben vielen anderen Vorzügen auch Vertragstreue zu seinen Vorzügen zählt, selbstverständlich, diesen Vertrag auch zu erfüllen und einzuhalten. Insbesondere deshalb, weil ja ein Teil der Kritik an dieser Finanzierung die zugegebenermaßen nicht ganz geklärten Entscheidungsbefugnisse beinhaltete und dieser Punkt der Kritik ja jetzt wegfällt.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Steinbauer: Herr Bundesminister! Sie haben jetzt eine ganz andere Themen betreffende Antwort gegeben. Ich muß daher meine Frage wiederholen, da uns beiden ja klar ist, daß die Paraphierung kein bindender Vertragsabschluß war. Sind Sie der Meinung, daß für die zweite Hälfte, dort, wo die Araber zum Zuge kommen, eine österreichische Finanzierung angesichts der Wechselkursschwankungen, angesichts der ins Ausland fließenden Dividenden sich besser rechnen würde?

Steinbauer

Meine Frage also: Halten Sie nicht doch eine österreichische Finanzierung für besser?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es sind bei der Beibehaltung der arabischen Mitfinanzierungsvariante mehrere Aspekte zu berücksichtigen.

Der eine Aspekt ist jener der Vergleichbarkeit mit anderen Finanzierungsvarianten. Wenn wir 6 Prozent zugrunde legen, so liegen wir unter der heute geltenden Schillingfinanzierung. Wenn wir 6 Prozent zugrunde legen, liegen wir unter der Dollarfinanzierung. Eine Dollarfinanzierung mit Laufzeiten von über zehn Jahren kostet heute 12,5 bis 13 Prozent. *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)*

Und wenn ich weiters daran denke, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß es sich ja hier um Vertragspartner handelt, die in den verschiedensten internationalen Gremien besondere Bedeutung und besonderes Gewicht haben, so meine ich, daß auch das ein Grund ist, an dieser Finanzierungsvariante festzuhalten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Da Österreich als neutraler Staat ja besonders auf seine Souveränität Obacht geben muß, frage ich Sie, wie die Entscheidungsfreiheit Österreichs bei der Konferenzgestaltung gewährleistet sein wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gemäß dem nunmehr vereinbarten Annex zum Syndikatsvertrag wird der Vorstand der Österreichischen Konferenzzentrum-AG durch den Aufsichtsrat, der österreichischerseits durch das Dirimierungsrecht des Vorsitzenden dominiert wird, angewiesen werden, die Aufgaben der Konferenzgestaltung einer ausschließlich österreichischen Betriebsführungsgesellschaft zu übertragen. Diese wird die übernommenen Aufgaben nach den von der Bundesregierung vorgegebenden Richtlinien zu verfolgen haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Nowotny.

Abgeordneter Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr

Bundesminister! Ich halte es für sehr erfreulich, daß die Verhandlungen, die ja ursprünglich schon vorgesehen waren *(Abg. Steinbauer: Jubel ...!)*, nun zu diesem guten Ergebnis geführt haben.

Ich möchte die Frage stellen: Wann wird der Annex, von dem Sie jetzt gesprochen haben, dem Parlament zugeleitet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Annex wird dem Parlament nach Abfassung des erforderlichen Notariatsaktes zugeleitet werden. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Er liegt derzeit in einer von sämtlichen Vertragspartnern paraphierten Form vor und wird dann nach Abfassung des Notariatsakts ordnungsgemäß zugeleitet. *(Ruf bei der ÖVP: Jetzt erst ...!)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Graff.

Abgeordneter Dr. **Graff** (ÖVP): Herr Minister! Sie haben schon sehr viel gesprochen, aber ein Wort haben Sie bis heute nicht über die Lippen gebracht, nämlich daß die Araberfinanzierung finanziell günstig wäre.

Ich frage Sie daher — Hand aufs Herz, beim Bart des Propheten *(Heiterkeit)* —: Ist sie günstig oder nicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Bitte mir gewisse Schwuraccessoires zu erlassen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! *(Ruf bei der ÖVP: Aber trotzdem die Wahrheit sagen!)*

Ja gerne! Immer!

Die Finanzierung — wir sprechen ja nur von der arabischen Tangente — vergleicht sich mit anderen Finanzierungsformen durchaus günstig, wenngleich ich einräume *(Zwischenruf bei der ÖVP)* — Sie wollen eine ehrliche Antwort von mir haben! —, daß jede Fremdwährungsfinanzierung das Kursrisiko beinhaltet. In dem von Ihnen mir freundlicherweise übersandten Gutachten des Herrn Professor Seicht ist ... *(Ruf bei der ÖVP: Nowotny ist besser!)* Wenn der Professor Nowotny besser ist, dann weiß ich nicht, warum der Professor Seicht das Gutachten machen mußte.

Aber in dem Gutachten des Herrn Profes-

Bundesminister Dr. Vranitzky

sor Seicht ist ja einer der wichtigsten Punkte der Kritik die nicht gegebene — oder seiner Meinung nach nicht gegebene und auch von mir nicht ganz so gesehene — klare Entscheidungsbefugnis der österreichischen Seite. Das ist weggefallen, sodaß wir jetzt eine Fremdwährungsfinanzierung mit anderen Fremdwährungsfinanzierungen vergleichen müssen und dabei das Kursrisiko bei Rücklösung dieser Aktien haben.

Der Vergleich hinkt sicherlich in einem Detail, weil nämlich im Gegensatz zu anderen Fremdwährungsfinanzierungen, die wir aufgenommen haben, die Verzinsung, die ja hier in Form einer 6prozentigen Dividende dargestellt wird, in Schilling zu leisten ist, das heißt, daß das Kursrisiko bei der Verzinsung nicht gegeben ist. Jeder andere Dollarkredit ist in Dollar zu verzinsen.

Daher — ich darf das noch einmal sagen —: Wenn wir eine langfristige Dollarfinanzierung mit dieser arabischen Finanzierung vergleichen, dann erscheint sie günstig. Wenn wir sie mit einer langfristigen Schillingfinanzierung vergleichen, erscheint sie auch günstig. Das Kursrisiko, wie bei jeder anderen Fremdwährungsfinanzierung, bleibt. *(Abg. Dr. Keimel: Herr Minister! Und was ist mit der totalen Steuerfreiheit?)*

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn ich auch diese Frage gleich beantworte...

Präsident: Aber normalerweise haben Sie sich zu melden zu einer Frage. *(Heiterkeit. — Ruf bei der SPÖ: Der Keimel glaubt, er ist in Tirol!)*

Es steht Ihnen frei, zu antworten.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Jede Verzinsung für ein im Ausland aufgenommenes Darlehen ist für den, der die Verzinsung in Anspruch nimmt, also für den ausländischen Kapitalgeber, steuerfrei.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. Graff (ÖVP) an den Herrn Minister.

360/M

Werden Sie den Bau des Konferenzzentrums inländisch finanzieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Laut Ergebnis der

Verhandlungen mit den arabischen Partnern von Ende Oktober dieses Jahres ist die Realisierung des am 7. Juni 1984 abgeschlossenen Syndikatsvertrags und somit die arabische Mitfinanzierung des österreichischen Konferenzzentrums im seinerzeit vereinbarten Ausmaß vorgesehen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Graff: Herr Minister! Sie wissen, daß kein Minister die Republik Österreich binden kann, auch Minister Salcher nicht, wenn die Entscheidung von dem souveränen Akt des Parlaments abhängt. Der bisherige Vertragsabschluß, auf den Sie sich berufen, ist nur unter der Bedingung der Zustimmung des Nationalrates erfolgt. Sie sind daher in keiner Weise gebunden.

Ich frage Sie: Sind Sie bereit, ein Anbot österreichischer Banken für eine österreichische Kreditfinanzierung noch einzuholen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Frage stellt sich für mich auf Grund des vorgeschrittenen Verhandlungsstadiums mit den arabischen Partnern nicht mehr.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Graff: Herr Minister! Würden Sie ein günstigeres Angebot österreichischer Banken für eine günstigere Kreditfinanzierung berücksichtigen, wenn ich Ihnen eines brächte? *(Ruf bei der SPÖ: ... Provision...! — Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Haben Sie das Geld schon im Koffer?)*

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir sind gegenüber den arabischen Partnern in dem Syndikatsvertrag möglicherweise — ich gebe Ihnen recht — nicht nach allen Regeln der juristischen Kunst ein für allemal gebunden. Aber wir sind jedenfalls als ein Land, das international weiterhin ernst genommen werden möchte, als ein Land, das mit diesen Ländern schon wichtige Handels- und Finanzgeschäfte betrieben hat und auch in Zukunft betreiben möchte *(Beifall bei SPÖ und FPÖ)*, und als ein Land, dessen Hauptstadt dritte UNO-Stadt werden möchte und daher auch der Unterstützung in den Organisationen der Vereinten Nationen bedarf, nicht frei genug,

Bundesminister Dr. Vranitzky

eine eingegangene Verpflichtung so leichtfertig zu brechen, daß all diese anderen Rechtsgüter, die ich erwähnt habe, damit in Frage gestellt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Partik-Pablé, bitte.

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Waren außer den Fragen der Finanzierung des Konferenzentrums noch andere Überlegungen maßgebend für das Festhalten am Syndikatsvertrag?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Bei den Verhandlungen war es natürlich auch Inhalt, ein vernünftiges und arbeitsfähiges Klima mit den arabischen Partnern abzusichern, um nicht zu sagen, wiederherzustellen. Das alles erfolgte aus den bereits dargelegten außenhandelspolitischen und außenpolitischen Gründen und Interessen für Österreich.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Nowotny.

Abgeordneter Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Bundesminister! Es gibt international eine Vielzahl von Kooperationen zwischen arabischen Geldgebern und europäischen Staaten oder auch den USA. Welche Erfahrungen wurden mit solchen Kooperationen gemacht? Wie ist die Stellung der arabischen Staaten in der internationalen Währungspolitik?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sofern ich darauf eine Antwort geben kann, erlauben Sie es mir, folgendermaßen zu sagen: Es sind die Vertreter verschiedener arabischer Länder, und hier wieder als Repräsentanten verschiedener arabischer Investmentgesellschaften, Grundstücksverwertungsgesellschaften internationaler Banken, in der internationalen Finanzwelt zahlreich verankert. Sie können an den wichtigsten Finanzplätzen der Welt, in New York, London, Tokio, Paris et cetera, überall wichtige Finanzierungsgesellschaften, Eurobanken, Investmentbanken und so weiter mit maßgeblicher arabischer Beteiligung antreffen, soweit ich das beurteilen kann, überall mit großem Erfolg. Sie sind überall in große internationale Finanzierungen eingespannt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Es ist von Ihnen bekannt, daß Sie früher als Generaldirektor einer großen Bank für eine österreichische, also inländische Finanzierung eingetreten sind. Sie haben ja auch jetzt gesagt: Nur wenn man Fremdwährungsfinanzierungen miteinander vergleicht, wenn also in beiden Fällen Fremdwährungsrisiko gegeben ist, dann kann man sagen, man konzentriert sich nur auf den Zinsenvergleich. Wenn es aber eine österreichische, eine heimische Finanzierung wäre, also kein Fremdwährungsrisiko, dann sieht die Sache anders aus.

Nun haben Sie uns im Ausschuß gesagt und jetzt wiederholt, man könne die arabische Seite nicht brüskieren. Man muß das überlegen. Das ist sicher ein Argument.

Meine Frage: Ist es nicht eigentlich so, daß Sie dadurch, daß der Vertrag eben vorabgeschlossen war, praktisch moralisch, politisch gebunden waren, daß Sie keine andere Möglichkeit mehr hatten, als diese gegenüber einer rein inländischen Finanzierung gar nicht so günstige Finanzierung nun doch zu bestätigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich hatte schon die Möglichkeit, auszuführen, daß es tatsächlich darum ging, den Ruf und die Reputation Österreichs als ein Land zu wahren, das internationale Verträge oder Vorverträge, seien sie nun formal hundertprozentig ausverhandelt oder nicht, einhält, und zwar nicht zuletzt oder zuallererst in unserem ureigenen Interesse.

Daher halte ich an dieser arabischen Mitfinanzierungskonstruktion fest, zumal auch die Kondition der Finanzierung, auch wenn man nur Schilling zu Schilling vergleicht, immer noch einen Prozentabstand, von heute gerechnet, von 2 Prozent oder, wenn Sie es über Zinsszinsen rechnen: 7,1, immerhin knapp 1 Prozentpunkt noch zugunsten dieser Finanzierung ergibt.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP).

Ich möchte ersuchen, daß sich die Herren Abgeordneten womöglich auf ihren Plätzen befinden. Ich weiß nicht, warum dieses Gedränge da hinten ist. Ich kann es mir vorstellen. Hier vorne ist gähnende Leere, dort hinten sitzen alle beisammen.

Präsident**392/M**

Welche Verträge über internationale Großkonferenzen im Konferenzpalast gibt es für das Jahr 1987?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Als internationale Großkonferenz im Konferenzzentrum steht für das Jahr 1987 die KSZE-Nachfolgekonferenz fest.

Formelle Verträge über weitere internationale Großkonferenzen sind für 1987 noch nicht abgeschlossen. Es gibt zahlreiche Kontaktgespräche und über einen großen Kongreß möglicherweise sehr bald einen Abschluß.

Nach der vor kurzem erfolgten Einigung mit den arabischen Partnern über die ausschließliche österreichische souveräne Entscheidungsfreiheit beim Konferenzgeschehen wird ein österreichischer Rechtsträger das Management für die Kongreßakquisition unverzüglich aufnehmen, sodaß die Voraussetzungen für das Anlaufen des Konferenzbetriebs im Konferenzzentrum im Jahr 1987 gegeben sind.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß — es ehrt Sie, daß Sie das zugeben haben — gesagt, daß der Vertrag, der seinerzeit mit den Stimmen der Regierungspartei mehrheitlich gegen unsere Stimmen beschlossen wurde, eigentlich nicht parlamentsreif war und ist. Und es ist ja auch so, daß jetzt die ganze Prozedur noch einmal wiederholt werden muß. Das heißt, wenn der Bundesrat nicht Einspruch erhoben hätte, dann wäre eine Neuverhandlung gar nicht in diesem Maße möglich gewesen. Aber diese Vorgangsweise hat doch offensichtlich dazu geführt, daß es jetzt, wie Sie ausführen, nicht möglich war, zeitgerecht für das Konferenzzentrum entsprechende Vorverhandlungen über Konferenzen zu führen.

Meine Frage: Ist also auf diese Prozedur die Verzögerung in der Planung der Konferenzen zurückzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erlauben Sie mir festzustellen, daß es mir vor dem Monat September nicht möglich war, dazu überhaupt irgend

etwas zu tun. Unmittelbar danach habe ich sofort eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Ich konnte schon berichten, daß ich mir die Regelung so vorstelle, daß wir bis zum Abschluß der jetzt noch notwendigen Formalitäten mit der eigentlichen kommerziellen Arbeit nicht zuwarten können und dürfen, sondern sie unverzüglich aufzunehmen haben. Ich werde Vorkehrungen so treffen, daß die Arbeiten, die jetzt schon in die Wege geleitet werden, dann nahtlos in das formalisierte Konferenzentrumsmanagement übergehen können.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Ich weiß, daß es ein Erbstück von Bundeskanzler Dr. Kreisky ist, das Sie da übernehmen mußten, und daß das natürlich für Sie schwierig ist. Aber die Situation ist leider so, daß es bei allen großen Konferenzentren ein paar Jahre Anlaufzeit braucht, bis das Konferenzzentrum wirklich ausgelastet werden kann. Diese Anlaufzeit fehlt natürlich auf Grund der Verzögerung. Und da wir, die Republik Österreich, für das ganze Defizit aufkommen müssen und die Araber nach dem Vertrag nur eine fixe Gewinnbeteiligung, aber keinerlei Verlustbeteiligung haben, fällt uns das voll auf den Kopf.

Meine Frage nun: Können Sie auf Grund der vorliegenden Berechnungen den Verlust, den die Republik Österreich auf Grund der Entwicklung aus dem Betrieb des Konferenzentrums innerhalb der ersten drei Jahre erleiden wird, nach oben hin limitieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erlauben Sie mir, vorerst festzustellen: Das internationale Konferenzgeschehen ist eine sehr harte, von scharfem Wettbewerb gekennzeichnete Angelegenheit, und wir werden uns sicherlich sehr, sehr anstrengen müssen, um hier gute Arbeit zu leisten, das Konferenzzentrum kommerziell so zu führen, wie wir das selber für wünschenswert halten.

Die Antwort auf Ihre konkrete Frage ist sehr, sehr schwer zu geben, aber ich habe Überschlagsberechnungen angestellt, denen zufolge sich im ersten und zweiten Anlaufjahr ein Abgang zwischen 50 und 100 Millionen Schilling errechnen wird.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter

Präsident

Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Wir Freiheitlichen waren ursprünglich gegen das Konferenzzentrum, jetzt haben wir es, und jetzt sind wir natürlich brennend daran interessiert, daß es ausgelastet ist. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Euch ist das sicherlich egal, ich kann mir das vorstellen, eine Negativmeldung in manchen Bereichen ist für die österreichische Protektionspartei — pardon! — sicher eine Positivmeldung, sonst wäre das Gelächter nicht erklärbar. (*Abg. Dr. König: Das ist ordnungsrufverdächtig! Eine glatte Beleidigung!*) Natürlich sollten alle daran interessiert sein, daß das Konferenzzentrum ausgelastet ist, daß es das hereinspielt, was man sich erhofft hat.

Meine konkrete Frage an Sie, Herr Bundesminister: Welche Vorkehrungen haben Sie getroffen, um eine möglichst günstige und dichte Auslastung des Konferenzzentrums zu erreichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe auf diese Frage zwei Antworten zu geben: Zum ersten erfolgte die Einsetzung einer Arbeitsgruppe von Leuten, die auf diesem Gebiet arbeiten und davon etwas verstehen. Zweitens werde ich aber auch in Abänderung der seinerzeit vorgelegten Konstruktion versuchen, einen einfacheren, einen strafferen Organisationsweg zu gehen, nämlich nach Tunlichkeit nicht eine neu zu gründende Gesellschaft einzuschalten mit Organen, Bürokratie, Aufsichtsräten et cetera. Ich möchte hier eine linienförmige Organisation durchführen, sodaß wir schon von der Organisation her — so hoffe ich jedenfalls — zu Kosteneinspareffekten kommen werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Bergmann.

Abgeordneter **Bergmann** (ÖVP): Herr Bundesminister! Als die sozialistische Regierung und Ihr Vorgänger die 1,4 Millionen Unterzeichner eines Volksbegehrens nicht zur Kenntnis genommen haben, hat man das damit begründet, daß es in Österreich eine Reihe von Großkonferenzen gibt, sodaß man eine solche Stätte braucht. Ihren Worten entnehme ich nun, daß man, obwohl man dieses Konferenzzentrum gegen den Willen der Bürger gebaut hat, keinerlei Vorkehrungen für die Akquisition der Großkonferenzen getroffen hat.

Ich möchte Sie daher im Zusammenhang mit der Frage des Abgeordneten König nochmals fragen: Können Sie mir wenigstens überschlagsmäßig für das erste Betriebsjahr sagen, wie hoch das Defizit sein wird, weil keine Konferenzen akquiriert worden sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bitte Sie um Kenntnisnahme, daß nicht „keinerlei“ Vorkehrungen oder Vorarbeiten, sondern daß sehr wohl Vorarbeiten durchgeführt worden sind. Ich kann Ihre Frage aber aus meiner Sicht eben nur auf Grund der jetzigen Lage beantworten und wiederhole, daß ich für das erste Jahr einen Betriebsabgang in der Größenordnung von 50 bis 100 Millionen Schilling veranschlage.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 8: Abgeordneter Bergmann (ÖVP) an den Minister.

393/M

Welcher Schaden wurde durch den Einspruch des Bundesrates gegen die 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle verhindert?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei den jüngsten Verhandlungen mit den arabischen Partnern ging es um die Frage der juristisch eindeutigen Klarstellungen zu dem am 7. Juni 1984 abgeschlossenen Syndikatsvertrag.

Es tut mir leid, nicht in der Lage zu sein, Ihnen quantifizierend Ihre Frage zu beantworten, welcher Schaden dadurch verhindert wurde. Mir ging es darum — ich habe das ja schon mehrmals gesagt und darf es wiederholen —, dem Parlament eine Vorlage zu präsentieren, in der die Klärung der Souveränitätsverhältnisse juristisch hundertprozentig eindeutig gegeben ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Bergmann**: Herr Minister! Ihre Äußerungen in diesem Zusammenhang sind für mich — und ich glaube, so wird das allgemein empfunden — eine schwere Kritik an Ihrem Vorgänger, Bundesminister Salcher, der uns ja immer wieder eingeredet hat — vor allem Professor Nowotny, der dann in Lobeshymnen ausgebrochen ist —, daß es sich um eine günstige und für Österreich sensationelle Finanzierung mit Arabien handelt.

Bergmann

Sie haben ja selber — und nur so war meine Frage gemeint: nicht nur materieller Schaden, sondern Schaden überhaupt, ideeller Schaden — einmal in einem Interview gesagt, daß eine Absicherung unserer Souveränitätsrechte unbedingt notwendig war. Das ist ein schwerer Kritikpunkt.

Ich frage daher, Herr Minister: Was muß jetzt der Bundesrat noch tun, damit Sie nicht nur versuchen, den ideellen Schaden zu beseitigen, sondern auch für den Steuerzahler versuchen, den materiellen Schaden der ungünstigen Finanzierung zu beseitigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Erlauben Sie mir, die Situation von mir aus nicht als eine Kritik an meinem Amtsvorgänger zu interpretieren, sondern als eine mir gegebene Aufgabenstellung in völliger Wertneutralität.

Ich bin nicht in der Lage abzuschätzen, welche Beweggründe die Damen und Herren des Bundesrates noch beeinflussen werden.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Bergmann: Herr Minister! Der Einspruch des Bundesrates, ein Mehrheitsbeschluß eines Gremiums dieses Hauses, hat die Zielsetzung gehabt, aus diesem Vertrag überhaupt auszusteigen. Wir haben im Ausschuß auch mit Ihnen über diese Frage diskutiert, Sie haben heute eine sehr weiche Antwort darauf gegeben.

Ich möchte Sie daher noch einmal dezidiert fragen: Wer hindert Sie daran, das zu tun, was Sie innerlich eigentlich wollen, nämlich aus diesem Vertrag auszusteigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Aus diesem Vertrag auszusteigen, hindert mich der Umstand, daß in diesem Land seit etwa eindreiviertel Jahren mit ernst zu nehmenden und reputierten ausländischen Verhandlungspartnern verhandelt worden ist und ich — ob innerlich oder äußerlich, das will ich jetzt gar nicht zur Debatte stellen — mich als Mitglied dieser Bundesregierung nicht in der Lage sehe — und das hindert mich —, angesehenen Partnern, die in aller Welt Geltung haben, nach eineinhalb oder eindreiviertel Jahren Verhandlungsdauer sang- und klanglos zu sagen: Es war nichts, geht wieder heim! Dazu sind

diese Partner für uns alle ökonomisch und außenpolitisch und aus vielen anderen Gründen einfach zu wichtig und zu seriös. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 9: Herr Abgeordneter Nowotny (SPÖ) an den Herrn Minister.

386/M

Hat sich die TOP-Kreditaktion als Instrument der Innovationspolitik bewährt?

Präsident: Bitte, Herr Minister. *(Abg. Steinbauer: Ich möchte noch eine Frage stellen!)* Da muß man sich rechtzeitig melden, meine Herren; Sie haben sich nicht gemeldet, ich lege aber Wert darauf, daß man sich rechtzeitig meldet. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das ist jetzt vorbei. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* — *Abg. Dr. Blenk: Da klatschen die Herren Parlamentarier auch noch!*

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die TOP-Kreditaktion fördert industriell-gewerbliche Vorhaben hoher struktur- und leistungsbilanzpolitischer Relevanz, und zwar materielle Investitionen und Vorhaben der Fertigungsüberleitung im Rahmen der TOP 1-Aktion und seit Beginn des Jahres 1984 immaterielle Investitionen im Rahmen der TOP 2-Aktion. Im Mittelpunkt der TOP-Kreditaktion stehen zinsgünstige Kredite zur Finanzierung von Investitionsvorhaben, mit deren Hilfe international konkurrenzfähige „intelligente“ und zukunftssträchtige Produkte hergestellt werden.

Besonders hervorzuheben ist die Förderung von Projekten der Fertigungsüberleitung im Rahmen der TOP-Aktion. Auf derartige Projekte, die vornehmlich die Umsetzung österreichischer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Produktionskapazitäten zum Ziele haben, entfielen bisher 36 Prozent der geförderten Kredite.

Insgesamt wurde von Juli 1981 bis September 1984 von einer aus Fachleuten bestehenden Beurteilungskommission die Förderung von insgesamt 239 Fällen mit einem Kreditvolumen von 7,0 Milliarden Schilling genehmigt. Das entsprechende Projektvolumen beläuft sich auf 17,2 Milliarden Schilling.

Die TOP-Aktion hat sich zu einem wichtigen und allgemein anerkannten Instrument zur innovationsorientierten Strukturverbesserung entwickelt. Auch das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung beurteilt die TOP-Aktion positiv und bezeichnet sie als

Bundesminister Dr. Vranitzky

Instrument der „offensiven Strukturpolitik“ und als die „bisher anspruchsvollste Aktion der direkten Investitionsförderung in Österreich“. — Ende des Zitats aus dem Monatsbericht 10/1982.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Nowotny:** Herr Bundesminister! Die TOP-Kreditaktion ist sicherlich ein interessantes Beispiel für die direkte Wirtschaftsförderung, die ja, wie wir gestern von seiten der ÖVP gehört haben, massiv eingeschränkt werden soll. Wie das Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, hat es sich aber in Wirklichkeit hier um eine massive Strukturverbesserung gehandelt.

Haben Sie auch Unterlagen über die Beschäftigungseffekte, die mit dieser Aktion verbunden waren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die 239 Projekte, über die ich sprach, schufen nach Schätzungen der Österreichischen Investitionskredit AG — das ist die Bank, die diese TOP-Kredite verwaltet — rund 7 500 Arbeitsplätze. Dazu ist zu bemerken, daß es sich entsprechend den Förderungszielen der TOP-Aktion um technologisch und marktmäßig hochwertige und zukunftsichere Arbeitsplätze handelt.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Nowotny:** Vielen Dank, Herr Minister! Ich glaube, das zeigt, wie gefährlich es wäre, hier den Ratschlägen der ÖVP zu folgen und diese wichtige Form einer Direktförderung abzuschaffen.

Können Sie uns nun sagen, wie sich die TOP 2-Aktion, die erst kurze Zeit besteht, inzwischen bewährt hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Vranitzky:** Herr Abgeordneter! Die TOP 2-Aktion ist aus der Überlegung geboren worden, daß auf dem Gebiet der immateriellen Investitionen in Österreich noch sehr viele Entwicklungsreserven bestehen. Anfang 1984 wurde daher die neue TOP 2-Kreditaktion zur Finanzierung immaterieller Investitionen geschaffen. Im einzelnen bezieht sich diese Aktion auf Beschaffung und Verarbeitung von Daten über Märkte, Konkurrenzsituationen, Technologien, Projekte der Markterschließung, Verbesserung

des Beschaffungs-, Lager- und Transportwesens, Umstellung von Planung und Organisation sowie Entwicklung von Software für den Produktionsbereich.

Mit dieser Aktion wurde in gewisser Hinsicht Neuland bei der direkten Investitionsförderung betreten, und es mußten in der ersten Zeit nach Einführung zunächst Erfahrungen für eine möglichst effiziente Durchführung gesammelt werden. Bis Ende September 1984 wurden daher nur einige TOP 2-Fälle vollständig abgewickelt, und zwar in einer Größenordnung von nicht ganz 50 Millionen Schilling.

Die rege Nachfrage aus allen Sektoren der Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, bestätigt jedoch, daß im Zuge der Modernisierung ein höherer Bedarf an Förderung außerhalb des traditionellen Bereichs der Sachgüterinvestition zu erwarten ist.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter **Blenk.**

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Bundesminister! Nur ein Wort zum Herrn Kollegen **Nowotny**, weil er so undifferenziert festgestellt hat, daß die ÖVP gegen diese Aktionen sei. (*Abg. Dr. Nowotny: Sie können auch mich gerne fragen!*) Ich möchte sagen: Genau das Gegenteil ist der Fall! Die Wirtschaft begrüßt — Herr Bundesminister, das möchte ich ausdrücklich sagen — diese TOP-Aktion. Sie haben ja schon dargelegt, daß sie sehr angenommen wird. (*Rufe bei der SPÖ: Bravo!*)

Ich würde dazu nur eines, Herr Bundesminister, zur Überlegung stellen: Sie haben zwar die Bedeutung für die mittelständische Wirtschaft herausgestrichen, nun wissen wir aber aus der Praxis, daß die Information der mittelständischen Wirtschaft darüber noch im argen liegt. Das hängt damit zusammen, daß die Banken nach unten hin diese Informationen nicht voll weitergeben. Wir wissen, daß ein Großteil etwa für die Verstaatlichte und für sonstige Großbetriebe in Anspruch genommen wurde, also für Unternehmen, die schon bisher Kontakt mit Förderungsinstrumenten hatten.

Daher meine Frage, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, diesem Gedanken nachzugehen und zu erreichen versuchen, daß im Interesse einer stärkeren Einbindung der mittelständischen Wirtschaft die Information sowohl über die TOP 1- als auch speziell über die neue TOP 2-Aktion nach unten bis zu den

5512

Nationalrat XVI. GP — 64. Sitzung — 9. November 1984

Dr. Blenk

letzten Informationsstellen des Bankenapparates geht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie sprechen damit einen Punkt an, wo es tatsächlich noch aufzuholen gilt. Bisher haben insbesondere die großen Geldinstitute in Wien mit ihrem sehr gut und weit ausgebauten Informations- und Kommunikationsnetz die TOP-Kredite ihren Kunden nähergebracht. Es wird daher in einer zweiten Stufe notwendig sein, auch die in den anderen Bundesländern ansässigen und nicht zur obersten Größenklasse gehörenden Geldinstitute in diesen Kommunikationsfluß einzubeziehen. Ich werde mit dem Vorstand der INVESTkredit diesbezüglich Fühlung aufnehmen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Ich freue mich, daß die ÖVP endlich etwas begrüßt, was diese Regierung macht. Bisher hat man den Eindruck gehabt, Sie seien gegen alles. *(Ruf bei der ÖVP: Sie müssen für alles sein!)*

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Venture capital spielt in den westlichen Ländern eine immer größere Rolle. Ich frage Sie: Welche Maßnahmen werden in Österreich gesetzt, um venture capital zu bilden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt diesbezüglich schon sehr weit fortgeschrittene Vorarbeiten, die seit etwa zehn Monaten durchgeführt werden. Diese sind bisher insoweit gediehen, als eine Gesellschaftskonstruktion auch unter Einbeziehung von sozialpartnerschaftlichem Mitdenken und von Mithilfe gefunden werden konnte.

Es konnten auch zwei ausländische Experten auf diesem Gebiet gewonnen werden, die hier mitarbeiten und sich auch beteiligen werden. Ich rechne damit, daß wir bis zum Jahresende diese Vorarbeiten abgeschlossen haben werden und dann im nächsten Jahr in die operative Phase übergehen können.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Fragestunde zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 885/AB bis 889/AB eingelangt sind.

Dem Finanz- und Budgetausschuß weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 115/A der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Eigruber und Genossen betreffend die Abänderung des Bundesgesetzes, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG errichtet wird, mit dem die Planung und Errichtung von Bundesstraßenteilstrecken übertragen wird und mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 geändert wird, zu.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Freitag, den 9. November, um 10 Uhr 15 Minuten ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Auch diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 6 Minuten